

Zulassung zum Hochschulstudium bedürfen jedoch noch einer sorgfältigen sachlichen Nachprüfung. Unerträglich ist jetzt die Lage der höheren Semester. (Sehr wahr!) Wenn die jungen Menschen, die mitten aus ihrer Studienzeit zum Kriegsdienst einberufen worden sind, bei ihrer Rückkehr ihr Studium an den heimatlichen Hochschulen nicht fortsetzen können, bedeutet das eine unerträgliche Härte. Und wenn hierdurch ein großer Teil unserer akademischen Jugend einfach gezwungen wird, nach anderen Zonen abzuwandern, entstehen für unser Gebiet geistige Kräfteverluste, die wir uns für das umfassende Werk des kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues schlechterdings nicht leisten können. (Sehr richtig!) Bei allen kulturellen Maßnahmen aber sollten wir uns der Verantwortung für die kulturelle Einheit Deutschlands bewußt sein.

Demokratie bedeutet auch für uns einen Grundsatz des Fortschrittes. Darum wollen wir mit der Regierung jeden gesunden Fortschritt zum Wohle unseres Volkes fördern. Demokratie verpflichtet auch uns, mit allem Eifer den Ungeist nationalsozialistischer Strömungen und ihrer noch immer aufbrechenden Störungsversuche aus unserem Lande endgültig auszurotten. Auch hierzu sagen wir jede Mithilfe zu. Demokratie will endlich Frieden, Frieden mit allen Völkern. Sie lehnt die verhängnisvollen Irrwege des Nationalismus ab, auf denen Militarismus und Imperialismus unser Volk in den Abgrund gestürzt haben. Wir wollen gemeinsam in unserem Volke und besonders in seiner Jugend den Willen zum Frieden lebendig machen. Es gibt keinen andern Weg zur Wiederaufnahme in die Gemeinschaft der Völker. Wäre es nur aus Angst vor der Atombombe, endlich muß doch einmal Frieden werden auf Erden! Aber was die Vernunft nicht vermag, das mögen nach der furchtbarsten Weltkatastrophe, die jemals war, nun in aller Welt neu aufbrechende sittliche und religiöse Kräfte verwirklichen.

Demokratie will endlich einen deutschen Staat, der von dem gesamten Volkswillen getragen wird. Sie verlangt daher die Wiederherstellung der deutschen Einheit in einem einheitlichen deutschen demokratischen Gesamtstaat. So schauen auch wir mit der Regierung über alle partikularistischen Grenzpfähle und über die Zonen Grenzen hinaus. Wir müssen es, weil wir wirtschaftlich der uns zukommenden Menschenwürde gemäß, leben wollen und weil wir geistig leben wollen als Deutsche.

Möge uns bald diese Einheit in dem demokratischen deutschen Gesamtstaat hergestellt werden. Dann werden sich auch zahlreiche Zuständigkeiten, die heute dem Lande zugewiesen sind, auf die neue Zentralgewalt verlagern. Dann brauchen wir wohl auch nicht mehr alle Neun auf der Regierungsbank, sondern dann werden es wie früher weniger Minister schaffen.

Bis dahin aber wünschen wir unserer neugebildeten demokratischen Landesregierung trotz der vielen Köpfe beste Erfolge zum Wohle des Volkes. (Bravo!)

Vizepräsident Prof. Dr. Kastner:

Ich mache davon Mitteilung, daß von allen drei Fraktionen ein Antrag eingegangen ist, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Landtag wolle beschließen: Der Landtag stimmt der Regierungserklärung zu und spricht der Regierung sein Vertrauen aus.“

Bevor darüber abgestimmt wird, erteile ich dem Abgeordneten Sommer (VdgB) das Wort.

Abgeordneter Sommer (VdgB):

Meine Damen und Herren!

Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, die Organisation der schaffenden Bauern und Gärtner, stimmt der Regierungserklärung im großen und ganzen zu. Die Verwirklichung des Zieles der Einheit Deutschlands, und zwar eines friedlichen und demokratischen Deutschlands, findet vorbehaltlos und uneingeschränkt unsere Zustimmung.

Was den wirtschaftlichen Neuaufbau in unserem Lande und die dazu erforderliche Planung aller Wirtschaftsvorgänge betrifft, so möchten wir dazu sagen, alle Planung eines Neuaufbaues muß mehr als je zuvor ausgerichtet werden auf den schnellsten und modernsten Neuaufbau der Landwirtschaft und des Erwerbsgartenbaus. Die Verwaltung muß diesbezüglich bestimmend auf die Wirtschaft einwirken. Diese Ausrichtung wird sich in bedeutendstem Maße produktionssteigernd auf die bäuerliche und gärtnerische Erzeugung auswirken. Es muß die Erkenntnis Platz greifen, daß im Agrarsektor dadurch bedeutende Reserven mobilisiert werden können.

Mit Genugtuung hat der Bauer und Gärtner davon Kenntnis genommen, was wiederholt schon zum Ausdruck gebracht wurde, daß das private Eigentum durch Gesetz geschützt sein wird. Gerade hier herrschte unter der Bauernschaft viel Unsicherheit, und es wurde aus zweckbewußten Gründen immer versucht, Unruhe in unsere Reihen zu tragen. Die Versicherung der Regierung wird unsere Aufbauarbeit dadurch wesentlich erleichtern.

Mit großem Mitgefühl stehen wir den Umsiedlern gegenüber. Es soll der Appell der Regierung nicht ungehört verhallen. Wir werden weiter tun, was in unseren Kräften steht, die gegenseitige Hilfe zur Tat werden zu lassen. Wir werden nicht müde werden, an die Solidarität und tatkräftige Hilfe unserer Bauern und Gärtner zu appellieren. Können wir ja mehr als alle anderen empfinden, was es heißt, Haus und Hof, Vieh und Land, den Mutterboden verlassen zu müssen.

Das Problem aller Probleme, die Sicherung und Verbesserung der Ernährung unseres Volkes, wollen und müssen wir Bauern und Gärtner mit vereinter Kraft weiterhin einer Lösung zuführen. Wir haben die Erkenntnis, daß wir mit der Sicherung und Verbesserung der Ernährung den wertvollsten Beitrag zur Sicherung der Demokratie leisten.

Diesen guten Willen hat die Mehrzahl aller Bauern und Gärtner uneingeschränkt durch ihre glänzende Ablieferungsleistung zum Ausdruck gebracht. Wenn nun bei der Erfassung und Veranlagung der bäuerlichen und gärtnerischen Erzeugnisse große Härten in Erscheinung getreten sind, die sogar zur Freiheitsentziehung führten, so ist es verständlich, daß in unseren Reihen für eine derartige Entwicklung kein Verständnis vorhanden ist. Wir distanzieren uns ausdrücklich von den einzelnen Saboteuren und Unfähigen, die den Boden bearbeiten, und fordern, daß diese bestraft werden.

Für die Bauern und Gärtner aber, die unverschuldet durch Witterungseinflüsse, schlechte Bodenqualität, Düngemittelmangel usw. in der Erfüllung ihrer Ablieferungspflicht hintenanstehen bzw. deren Erfüllung unmöglich ist, müssen wir uns energisch einsetzen. Die Veranlagung muß in Zukunft viel individueller, besonders nach den Bodenqualitäten auch innerhalb der Gemeinden, nach den tatsächlichen Ertragsmöglichkeiten vorgenommen werden. Nur so wird ein gerechter Ausgleich möglich sein zwischen den unter guten Verhältnissen und den unter schlechten Verhältnissen arbeitenden Betrieben.

Es ist uns bekannt geworden, daß die SED zur Abstellung von augenblicklichen Mißständen einen Antrag eingebracht hat. Diesen eingebrachten Antrag machen wir zu unserem eigenen. Gerade der Gärtner und Bauer, der in unermüdlicher, harter Arbeit dem Boden die Ernährung unseres Volkes abringt, hat mit großer Besorgnis die Entwicklung der letzten Wochen aufgenommen. Wir sind davon überzeugt, daß unter der Landbevölkerung durch die Annahme dieses Antrages eine wesentliche Beruhigung eintreten wird.

Die ganze Entwicklung, die wir jetzt vor uns liegen haben, ist mehr oder weniger noch darauf zurückzuführen, daß die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe — als Berufsorganisation und Berufsvertretung der Bauern